Es folgt hier eine Erklärung zum Antikriegstag von wichtigen Vertreterinnen und Vertretern der Linkspartei mit Erstunterzeichnern und einer Liste weiterer Unterstützer dieses Vorstoßes. Die Initiative folgt auf eine erkennbare Spaltung der Linkspartei in einer zentralen Angelegenheit: zur Frage, ob – in den Worten des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann – der Frieden der Ernstfall ist oder ob auch die Linken, angeblich um der Koalitionsfähigkeit willen, Auslandseinsätze von Bundeswehr und NATO sowie Rüstungsexporte mittragen. Die Erklärung und das Motiv für diesen Vorstoß sind schon deshalb wichtig, weil dann, wenn auch die Linkspartei die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln mitmacht, die Friedenspolitik im Deutschen Bundestag keine politische Vertretung mehr hat. – Die Erklärung als PDF finden Sie hier. **Albrecht Müller**.

Erklärung anlässlich des Antikriegstages am 1. September 2020:

Auslandseinsätze beenden – Rüstungsexporte verbieten!

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die Gesamtopfer dieses Krieges, den Nazideutschland verantwortete, sind mehr als 55 Millionen Tote, davon allein 28 Millionen Menschen in der Sowjetunion. Über sechs Millionen Jüdinnen und Juden und fünfhunderttausend Sinti und Roma wurden ermordet. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz und am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht, die entsetzliche Verbrechen verantwortete, gegenüber der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankeich. Europa lag in Trümmern. Alle diejenigen, die ein antifaschistisches Deutschland wiederaufbauen wollten, waren sich einig, dass es nach der Verantwortung für zwei Weltkriege in einem Jahrhundert keine deutsche Armee mehr braucht. Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ schloss mit ein, dass es keine deutsche Wiederbewaffnung geben sollte und keine deutsche Rüstungsindustrie, die aus dem Tod ein Geschäft macht.

Im Kalten Krieg fiel dieser friedenspolitische Grundsatz, obwohl sich in der Bundesrepublik eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen die Remilitarisierung gestellt hatte. Konsens über alle politischen Grenzen hinweg, auch als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, blieb, dass die Soldaten der Bundeswehr nicht im Ausland eingesetzt werden und deutsche Waffen nicht die Kriege in aller Welt nähren sollten. Dieser Konsens wurde nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebrochen. Auch SPD und Grüne stimmten fortan im Bundestag für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Rüstungsexporte in alle Welt wurden zum neuen Markenzeichen der Berliner Republik. Fortan beteiligte sich Deutschland an den weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Marktzugänge und geopolitischen Einfluss. Der Umbau der NATO weg von der formalen Bündnisverteidigung zu einem globalen Kriegsführungsbündnis

wurde von der rot-grünen Bundesregierung mit der neuen NATO-Charta 1999 ebenso mitgetragen wie das Heranrücken des Militärpakts durch stetige Erweiterungen bis an die russische Grenze.

Angesichts dieser verheerenden Entwicklungen war und ist es der Gründungskonsens der Partei DIE LINKE, die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückzuholen und Rüstungsexporte generell zu verbieten. Aufgrund der Erfahrungen mit SPD und Grünen, die als Regierungsparteien den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mit führten, wurde im Erfurter Grundsatzprogramm eine Beteiligung an einer Regierung, die Kampfeinsätze des Bundeswehr führt, ausgeschlossen. Und es ging bei der Gründung der Partei DIE LINKE nicht nur um die Forderung nach Auflösung der NATO und deren Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands, sondern es wurde zugleich vereinbart, diese Auflösung der NATO auch durch konkrete Schritte mit zu befördern. Deshalb gehört zum Gründungskonsens der Partei DIE LINKE auch die Forderung, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austritt. Kurz: Die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist keine Frage, die mit anderen Parteien „diskursiv“ geklärt werden könnte. Die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Frage wie wir zum Aufrüstungspakt NATO stehen, sind der Lackmusstest unserer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit.

Im Zuge der Debatte um Regierungsbeteiligungen wird von einigen in der Partei DIE LINKE dieser Gründungskonsens in Frage gestellt und eine bedingungslose Koalitionsbereitschaft in Richtung SPD und Grüne signalisiert. Bisher formulierte Haltelinien für Regierungsbeteiligungen werden relativiert bis hin ignoriert. Das ist fatal für die Zukunft der Partei DIE LINKE und eine Schwächung der breiten gesellschaftlichen Bewegung für Frieden und Abrüstung. Wir sehen darin auch einen Angriff auf die friedenspolitischen Grundpositionen unserer Partei und weisen diesen Versuch, den Markenkern der LINKEN beschädigen zu wollen, in aller Schärfe zurück.

Unsere roten Haltelinien für Regierungsbeteiligungen sind nicht verhandelbar, denn sie sichern die Glaubwürdigkeit der LINKEN ab. Eine Regierungsbeteiligung einer LINKEN, die dafür friedenspolitische Grundsätze über Bord wirft, ist nicht erstrebenswert. Wir sagen in Anlehnung an ein Wort von Willy Brandt zur Sozialdemokratie: Es hat keinen Sinn, eine Regierungsbeteiligung für DIE LINKE zu erringen, wenn der Preis dafür ist, keine LINKE mehr zu sein.

Statt bedingungslose Koalitionsbereitschaft zu signalisieren, müssen wir gemeinsam mit der Friedensbewegung Druck machen, damit sich die SPD wieder auf Frieden und Abrüstung verpflichtet und die Grünen sich ihrer pazifistischen Wurzeln erinnern.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Sevim Dagdelen (*MdB*), Ulla Jelpke (*MdB*), Heike Hänsel (*MdB, stv. Fraktionsvorsitzende*), Tobias Pflüger (*MdB, stv. Parteivorsitzender*), Cornelia Barth (*Landesvorsitzende Bremen*), Eva Bulling-Schröter (*Landesvorsitzende Bayern*), Olga Fritzsche (*MdHB, Landesvorsitzende Hamburg*), Ates Gürpinar (*Landesvorsitzender Bayern*), Martin Günther (*stv. Landesvorsitzender Brandenburg*), Christian Leye (*Landesvorsitzender NRW*), Petra Heimer (*Landesvorsitzende Hessen*), Inge Höger (*Landesvorsitzende NRW*), Lars Leopold (*Landesvorsitzender Niedersachsen*), Sahra Mirow (*Landesvorsitzende Baden-Württemberg*), Thorben Peters (*stv. Landesvorsitzender Niedersachsen*), Heidi Reichinnek (*Landesvorsitzende Niedersachsen*), Jan Schalauske (*MdL, Landesvorsitzender Hessen*), David Schwarzendahl (*stv. Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz*), Dirk Spöri (*Landesvorsitzender Baden-Württemberg*), Katrin Werner (*MdB, Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz*), Ursula Weisser-Roelle (*stv. Landesvorsitzende Niedersachsen*), Ali Al-Dailami *(stv. Parteivorsitzender)*, Friederike Benda (*Parteivorstand*), Judith Benda (*Parteivorstand*), Jules El-Khatib (stv. Landesvorsitzender NRW), Christiane Böhm (*MdL Hessen*), Lorenz Gösta Beutin (*MdB*), Barbara Borchardt (*Präsidium Bundesausschuss*), Arne Brix (*Parteivorstand*), Michel Brandt (*MdB*), Ellen Brombacher (*Sprecherin Kommunistische Plattform*), Christine Buchholz (*MdB*), Isabelle Casel (Sprecherin BAG Frieden und Internationale Politik), Deniz Celik (*MdHB*), Jörg Cezanne (*MdB*), Dr. Diether Dehm (*MdB*), Özlem Demirel (*MdEP*), Sylvia Gabelmann (*MdB*), Bettina Gutperl (*Parteivorstand*), Thies Gleiss (*Parteivorstand, Sprecher Antikapitalistische Linke*), Nicole Gohlke (*MdB*), Harri Grünberg (*Parteivorstand*), Claudia Haydt (*Parteivorstand*), Andrej Hunko (*MdB*), Alexander Kauz (*Präsidium Bundesausschuss*), Kerstin Kassner (*MdB*), Metin Kaya (*MdHB*), Dr. Achim Kessler (*MdB*), Christian Kruse (*Landesschatzmeister Hamburg*), Ralf Krämer (*Parteivorstand, Sprecher Sozialistische Linke*), Niema Movassat (*MdB*), Cornelia Möhring (*MdB*), Zaklin Nastic (*MdB*), Dr. Alexander S. Neu (*MdB*), Artur Pech (*Präsidium Bundesausschuss*), Sören Pellmann (*MdB*), Victor Perli (*MdB*), Norbert Müller (*MdB*), Lucy Redler (*Parteivorstand*), Ingrid Remmers (*MdB*), Franziska Riekewald (*Parteivorstand*), Johanna Scheringer-Wright (*Parteivorstand*), Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (*MdL Hessen*), Eva-Maria Schreiber (*MdB*), Saadet Sönmez (*MdL Hessen*), Kathrin Vogler (*MdB*), Jochem Visser (*Parteivorstand*), Gökay Akbulut (*MdB*), Andreas Wagner (*MdB*), Harald Weinberg (*MdB*), Ulrich Wilken (*MdL Hessen*), Mehmet Yildiz (*MdHB*), Hubertus Zdebel (*MdB*), Pia Zimmermann (*MdB*), Sabine Zimmermann (*MdB*), Edgar Zitelmann (*Bundesausschuss, Sprecher BAG Migration*) und der Landesvorstand NRW, Landesvorstand Hamburg und Landesvorstand Niedersachsen.